Thüringen

Verwaltung setzt auf OpenTalk

[06.03.2024] Die Thüringer Landesverwaltung nutzt für Videokonferenzen künftig die Lösung OpenTalk. Die Kommunen des Freistaats können die Open-Source-basierte Lösung für die digitale Gremienarbeit einsetzen.

Mit OpenTalk steht ab sofort eine digital souveräne Videokonferenzlösung für die Thüringer Landesverwaltung und die Kommunen des Freistaats zur Verfügung. Wie das Thüringer Finanzministerium meldet, haben erste Kommunen bereits entsprechende Vereinbarungen mit dem Freistaat unterzeichnet. OpenTalk könne insbesondere für die digitale Gremienarbeit eingesetzt werden. „Als wir zu Beginn der Corona-Pandemie die damals verfügbaren Open-Source-Videokonferenzsysteme evaluiert haben, kamen wir zu dem Ergebnis, dass die vorhandenen Lösungen technisch oder funktional nicht den hohen Anforderungen an die öffentliche Verwaltung entsprachen“, berichtet Thüringens CIO Hartmut Schubert. Mit OpenTalk wisse man einen starken Partner an seiner Seite, dessen moderne, sichere und skalierbare Videokonferenzlösung die besonderen Bedarfe der Verwaltung bedienen könne.

Neben der Erfüllung der Datenschutz- und Sicherheitsanforderungen war die Einbindung in die vorhandene Infrastruktur und die Betriebsprozesse des Landesrechenzentrums ein zentraler Aspekt. Der Betrieb von OpenTalk im landeseigenen Rechenzentrum stellt nach Angaben des Thüringer Finanzministeriums einen Vorteil gegenüber den cloudbasierten Videokonferenzlösungen von US-Anbietern dar. OpenTalk integriere sich unter anderem in das bestehende Anmeldeverfahren, sodass sich der Zugriff auf die Anwendung benutzerspezifisch steuern lasse. „Nach mehrjähriger Entwicklungsarbeit können Behörden auf kommunaler oder Landesebene mit OpenTalk eine durchdachte Open-Source-Videokonferenzlösung nun flächendeckend nutzen. Durch die frühzeitige Einbindung wesentlicher Landesbehörden wie dem Thüringer Innenministerium, dem Thüringer Rechnungshof oder dem Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist es gelungen, die besonderen Anforderungen der Verwaltung in das Projekt einfließen zu lassen“, so Christian Stötzer, zuständiger Referatsleiter beim Thüringer Finanzministerium.

Unter dem Motto ‚Public Money – Public Code‘ habe sich OpenTalk dazu verpflichtet, alle Ergebnisse aus dem Projekt frei zugänglich zu machen, ergänzt der Geschäftsführer des Unternehmens, Markus Michels. Die Lösung könne somit auch von anderen Verwaltungen adaptiert werden.

Wie das Thüringer Finanzministerium weiter mitteilt, wird OpenTalk derzeit vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nach CC-EAL4, der höchstmöglichen Vertrauensstufe in eine Sicherheitsleistung, evaluiert. Mit Abschluss des Prüfverfahrens werde es die erste Open-Source-basierte Videokonferenz-Software sein, die ein derart hohes Zertifizierungsniveau aufweisen kann.

Für die Zukunft seien zudem weitere Funktionen wie Subraum-Audio, eine Flüstertaste oder die Möglichkeit zur Podiumsdiskussion geplant. Neben der DSGVO-konformen Aufzeichnung werde dann auch die Teilnahme einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern an öffentlichen Sitzungen über Streaming-Plattformen möglich sein.

(bw)

Stichwörter: Informationstechnik, Digitale Souveränität, Open Source, OpenTalk, Thüringen, Videokonferenzsystem